

Die Schweiz - ein multikulturelles Land. Notwendigkeit der Anpassung und Möglichkeit des Fremdbleibens: Exemplarität für Europa?

Inputreferat Dr. Gret Haller

anlässlich der Tagung

„<Le saut sur le Nozon>, Geographische und mentale Brückenschläge mit Hilfe der Kultur?“,

7./8.Mai 2003 im L&arc Romainmôtier

Meine Damen und Herren

möglicherweise haben Sie sich über den Titel meines Referates ein wenig gewundert. Da geht es also an dieser Tagung um „Geografische und mentale Brückenschläge“, insbesondere um solche mit Hilfe der Kultur, und ich möchte unter anderem davon sprechen, welches die Möglichkeiten des Fremdbleibens sind. Das erscheint zunächst als ein Widerspruch. Ich gehe jedoch von verschiedenen Prämissen aus, die ich kurz darlegen möchte.

Zum einen bin ich überzeugt, dass die Situation innerhalb der Schweiz nicht mehr losgelöst von der Entwicklung betrachtet werden kann, welche seit mehreren Jahrzehnten in Europa im Gange ist, und dies wiederum auf drei verschiedenen Ebenen. Identität hat in Westeuropa in den letzten fünfzig Jahren ein neues Gesicht erhalten. Wenn nationale Identität in den westeuropäischen Ländern heute anders erlebt wird, so wirkt sich dies auch auf unsere Wahrnehmung des eigenen Landes aus. Seit 10 Jahren wird Europa darüber hinaus durch den Wegfall der zuvor weitgehend undurchdringbaren Grenze zwischen West- und Mitteleuropa geprägt. Auch dies lässt unser Land nicht unberührt. Die eben beginnende Diskussion über die Anpassung der bilateralen Verträge der Schweiz mit der Europäischen Union an die neue Situation, wenn die Union auf 25 Mitglieder angewachsen sein wird, ist nur ein äusseres Zeichen, wenn auch ein wichtiges Phänomen im Zusammenhang mit der Kohäsion unseres Landes, weil die Einwanderung aus den mitteleuropäischen Staaten erleichtert werden könnte. Und schliesslich gibt es ganz generell die Einwanderung aus Ländern ausserhalb Europas, auf die wir dringend angewiesen sind, was jeder Besuch in Alters- oder Pflegeheimen eindrücklich belegt. Soweit das europäische Umfeld.

Zum anderen kann die Situation in der Schweiz aber auch nicht losgelöst von der weltweiten Entwicklung betrachtet werden. Stichworte wie „Globalisierung“ oder „Amerikanisierung“ sind viel zu vage, als dass sie uns konkret weiterhelfen könnten. Aber lassen Sie mich dazu kurz über etwas berichten, was ich während meiner letzten beruflichen Anstellung, der Mission in Bosnien&Herzegowina erlebt habe. In Bosnien gab und gibt es immer noch es eine internationale Polizeitruppe. Sie hatten damals die Aufgabe, einerseits selber polizeiliche Funktionen auszuüben, andererseits aber die Polizisten des Landes Bosnien in ihre Tätigkeit einzuführen - oder wider einzuführen - d.h. in eine Tätigkeit, welche abstrahiert von der eigenen ethnischen Zugehörigkeit und von jener der Personen, mit denen sich die Polizei zu befassen hat. Sie denken jetzt, das sei doch selbstverständlich. Aber genau das ist es eben nicht mehr, wenn in ethnonationalistischen Kriegen die Gewaltanwendung mit eben dieser ethnischen Zugehörigkeit begründet worden ist. Der internationalen Polizeitruppe gehörten immer auch Schweizerinnen und Schweizer an, und es gab immer wieder Gelegenheiten, bei denen sich die schweizerischen Mitglieder trafen, selbst wenn sie weitherum im Lande stationiert waren. Was ich hier erzählen will, ereignete sich aus Anlass einer

1. August-Feier in Banja Luka, der Hauptstadt des eher serbisch dominierten Teilstaates von Bosnien. Die Feier war von der Schweizer Botschaft organisiert worden, und hier traf ich zwei schweizerische Polizisten, einen aus St. Gallen und einen aus Genf, die seit längerem zusammenarbeiteten. Die beiden haben sich miteinander in zwei Sprachen unterhalten. Die eine Sprache war der lokale Dialekt des Serbokroatischen, das es zwar offiziell heute nicht mehr geben soll, weil die Kroaten daraus Kroatisch gemacht haben, die Serben Serbisch, und die Bosniaken - die muslimischen Bosnier - versuchen, alte türkische Ausdrücke in dieses Serbokroatisch einzufügen. Meine beiden Landsleute waren so sprachbegabt, dass sie innert kurzer Zeit gelernt hatten, sich mit der lokalen Bevölkerung zu verständigen. Und in Gegenwart vieler Schweizer machten sie sich natürlich ihren Spass daraus, so miteinander zu reden, dass wir es wiederum nicht verstehen konnten. Die zweite Sprache, welche diese beiden offensichtlich sprachlich nicht unbegabten Polizeimänner miteinander redeten - und dies wahrscheinlich doch etwas häufiger als der lokale bosnische Dialekt - war: Englisch. Das sagt alles. Damit will ich ja nur belegen, dass vage Stichworte wie „Globalisierung“ auch für die Schweiz ihre Bedeutung haben.

Das generelle Thema dieser Tagung befasst sich mit der Kultur als Hilfe zu geografischen und mentalen Brückenschlägen innerhalb unseres Landes. Wenn ich dies nun im Lichte dieser Einflüsse von ausserhalb unseres Landes betrachten will, so komme ich nicht darum herum, zwischen zwei Kulturbegriffen zu unterscheiden, nämlich dem Kulturschaffen und der Beheimatung in diesem, und einem Kulturbegriff, der insbesondere auch rechts- und staatspolitische Kategorien einschliesst. All das zusammen ergibt irgend eine Identität. Wir würden wahrscheinlich sagen, es sei eine nationale Identität, und dann kommen uns sogleich Begriffe in den Sinn wie „Willensnation“ oder „verschiedene Kulturen“, die miteinander oder nebeneinander existieren, oder wir stellen die Frage nach den Gründen der Kohäsion. Im folgenden werfe ich einen Blick auch über die Grenzen der Schweiz hinaus. Die Veränderungen von Identität im europäischen Raum sind ein sehr langsamer Prozess, und dieser reicht ziemlich weit zurück. Ich möchte ihn kurz nachzeichnen, und dazu muss ich zurückblenden bis zur Französischen Revolution. Damals verband sich der republikanische Staat mit der Nation, es entstand der Nationalstaat, wie wir ihn heute noch kennen. Das Erstaunliche an der damaligen Entwicklung liegt darin, dass die Nation ursprünglich alles andere als eine politische Erfindung war, sondern vielmehr eine rein kulturelle. Die beiden Partner dieses erstaunlichen Bündnisses haben einen ganz unterschiedlichen historischen Hintergrund.

Der eine Bündnispartner, die Republik, geht auf die Aufklärung zurück. Diese hatte im 18. Jahrhundert unter den Intellektuellen die Idee der Individualität des Menschen verbreitet, die Idee der Gleichheit und der selben Würde aller Menschen, und dies führte notwendigerweise zu einem Denken in universellen Kategorien. Was den Staat anbelangt, schlugen sich diese Ideen nieder in der Forderung nach einer republikanischen Staatsform, in welcher die höchste Macht beim gesamten Volke liegen sollte, bestehend aus den freien und gleichen Bürgern. Diese republikanische Staatsform setzte sich in der französischen Revolution durch, allerdings mit dem Schönheitsfehler, dass Freiheit und Gleichheit nur den Menschen männlichen Geschlechts zugestanden wurde. Dieser Fehler wurde jedoch später korrigiert.

Der andere Bündnispartner, die Nation, existierte als Begriff bereits bei den Römern, und im Lauf der Geschichte bezeichnete „Nation“ in verschiedenen Gegenden ganz unterschiedliche Dinge. Für die hier interessierenden Zusammenhänge beginnt die entscheidende Entwicklung ebenfalls im 18. Jahrhundert, und zwar in der Romantik, welche auf die von ihr als „kalt“ empfundene Aufklärung reagierte. Vor allem in drei Punkten widersprach die Romantik der Aufklärung: Anstelle der Vernunft betonte sie die Emotion, anstelle der universalen Betrachtungsweise betonte sie das Kleinräumige, das Besondere, die kulturelle Eigenart, und anstelle des Individuums betonte sie die Gruppe. Diese Gegenüberstellungen sind voneinander abhängig: Vernunft ist immer etwas universelles, während Emotionen nur für jene Personen die

selben sind, die sich derselben Kultur - hier Kultur im Sinne der Beheimatung - und derselben Gruppe zugehörig fühlen. Aber in dem von der Romantik geprägten Begriff der Nation gibt es anfänglich weder eine ethnische noch eine politische Interpretation, er wird lediglich kulturell definiert.

So wie die Aufklärung die „Republik“ hervorgebracht hat, nämlich eine besondere Staatsform, so hat die Romantik die kulturell definierte „Nation“ hervorgebracht, wobei diese letztere im Prinzip eine Identität darstellt. Wenn es in der französischen Revolution zu einem Bündnis zwischen diesen beiden ungleichen Partnern kam, so deshalb, weil dem französischen Staat die Identität fehlte, nachdem man dem König abgesetzt hatte. „L'Etat c'est moi“, hatte der französische König gesagt. Die aufklärerischen Ideen waren nun aber zu abstrakt, um als Identifikation zu dienen. Deshalb musste eine neue Identität gefunden werden, und diese entdeckte man schliesslich in der „nationalen“ Identität. Oder anders gesagt: Die Nation diene dem republikanischen Gedanken gewissermassen als Gefäss, und zwar zur Ermöglichung einer Identität. Dazu musste dieses Gefäss jedoch umgebildet werden, und zwar von der Kulturnation zur Staatsnation. So wurde die französische Nation zur Trägerin und Verkünderin all der aufklärerischen und universell gültigen Ideale. In diesem Prozess wurden regionale oder sonstige kleinräumige kulturelle Identitäten zurückgedrängt. Dies war nur deshalb möglich, weil eine durchaus auch kulturell verstandene Ersatzidentität angeboten wurde, nämlich jene auf der gesamtstaatlichen, also auf der „nationalen“ Ebene. So hatte jedes Individuum Anteil an der „Grande Nation“. Mit anderen Worten hatte sich die staatspolitische Identität kulturell aufgeladen: Kultur war für die Franzosen künftig nicht nur die Werke der Kulturschaffenden, sondern auch die universell gültigen Errungenschaften der Aufklärung, Demokratie, Menschenrechte oder genereller gesagt der „Republikanismus“, so wie ihn die Französische Revolution geschaffen hatte. Das französische Filmschaffen ist durchaus eines der „Grande Nation“, und dessen Verteidigung gegen Hollywood ist auch ein Akt des republikanischen Stolzes. In Frankreich ist geschichtsbedingt die staatspolitische und die kulturelle Identität nach wie vor intensiver und emotionaler verbunden als in vielen anderen westeuropäischen Staaten.

In Deutschland verlief der Prozess umgekehrt. Die Kulturnation wandelte sich lange nicht in eine Staatsnation, denn einen deutschen Gesamtstaat gab es ja noch lange nicht. Kulturelle und politische Identität blieben noch lange getrennt. Die deutschen Intellektuellen übernahmen die philosophischen Vorstellungen der französischen Revolution, ohne sie zunächst in einen politischen Rahmen einbringen zu können oder einbringen zu wollen. So gerieten die aufklärerischen Ideale nicht in Widerspruch zu kleinräumigeren kulturellen Identitäten in den verschiedenen Fürstentümern und Kleinstaaten. Als der Nationalstaat dann schliesslich 100 Jahre später als in Frankreich auch in Deutschland geschaffen wurde, hielten diese kleinräumigeren kulturellen Identitäten dem deutschen Nationalstaat weiterhin stand, staatspolitische und kulturelle Identität blieben viel getrennter als in Frankreich.

Auf europäischer Ebene kann sich und wird sich nie eine nationale Identität entwickeln. Nationale Gefühle im Sinne der kulturellen Beheimatung werden in Europa dort verankert bleiben, wo sie es bisher waren, nämlich auf der nationalstaatlichen Ebene oder in föderalistischen Staaten auch zusätzlich auf untergeordneten Ebenen. Auf gesamteuropäischer Ebene wird es deshalb nicht zu einem Bündnis zwischen „Republik“ und „Nation“ kommen wie vor 200 Jahren in Frankreich. Im Gegenteil - und dies ist nun der Punkt, warum ich diese geschichtlichen Bezüge überhaupt aufgezeigt habe, und in welchem es punkto Identität, Integration und Kohäsion interessant wird: Ich bin überzeugt, dass das Bündnis zwischen „Republik“ und „Nation“ in Europa 200 Jahre nach seinem Entstehen langsam zu Ende geht. Was sich in Europa seit längerem abspielt, ist die Trennung zwischen staatspolitischer und nationaler Identität, wobei sich die nationale Identität wieder dahin zurückbewegt, woher sie einst hergekommen ist, nämlich in den rein kulturellen Bereich. Dass sich verschiedene Regionen Europas in verschiedenen Stadien dieser Entwicklung

befinden, ändert nichts am gesamteuropäischen Charakter des Prozesses: Die Befriedung des Balkans ist heute nur möglich durch die Schaffung einer staatspolitischen Identität, welche die ausschliesslich ethnische Identität ablöst, die zu den grauenhaften Menschenrechtsverletzungen geführt hat. Die Entwicklung verläuft somit entlang der selben ideengeschichtlichen Linie wie die Befriedung Westeuropas nach 1945: Auch hier löste eine staatspolitische Identität auf der übernationalen Ebene den Nationalismus ab.

Jetzt muss ich noch etwas klarstellen: Staatspolitisch Identität ist nicht identisch mit der formellen Staatsbürgerschaft. Die formelle Staatsbürgerschaft trägt zwar zur staatspolitischen Identität bei, aber dieser Identität kommt eine weit darüber hinausgehende Bedeutung zu. Effektiv entsteht heute im Rahmen der Europäischen Union eine staatspolitische Identität ohne den emotionalen Rahmen der Nation. Dies bedeutet einerseits, dass sich die staatspolitische Identität nach oben auf eine übernationalstaatliche Ebene ausbreitet, nachdem sie in föderalistischen Staaten auch schon auf verschiedenen Ebenen unterhalb des Nationalstaates existiert hat. Es bedeutet aber auch, dass sich die staatspolitische Identität langfristig gesehen von der kulturellen und der nationalen Identität ablösen muss, denn sonst kann sie sich ja nicht vertikal ausgreifen. Andererseits erhält die kulturelle Identität gerade dadurch die Möglichkeit, sich auf der geografischen Karte - also gleichsam horizontal - auszubreiten und über gleichzeitig ganz unterschiedliche Anknüpfungspunkte zu verfügen. Das können herkunftsabhängige, frei gewählte oder durch die Lebensumstände bedingte Anknüpfungspunkte sein. Solche kulturellen Identitäten können nebeneinander bestehen und durchaus intensiv gelebt werden. Schon heute sind wir mit kulturellen Mehrfachidentitäten konfrontiert, zum Beispiel in jenen Fällen, in welchen es möglich war, Gruppen von Einwanderern zwar staatspolitisch zu integrieren, ohne aber eine kulturellen Integration zu verlangen. So spricht man zum Beispiel von den „Frankfurter Türken“: Das sind Kinder türkischer Eltern, aufgewachsen in Deutschland, die sich staatspolitisch durchaus als Bewohner Frankfurts und Deutschlands empfinden, kulturell aber durchaus auch als Türcinnen und Türken.

Was die Stichworte „Integration“ oder „Kohäsion“ anbelangt, zeigt sich auf diesem Hintergrund, warum die Notwendigkeit der Anpassung und die Möglichkeit des Fremdbleibens eben nicht nur etwas miteinander zu tun haben, sondern sich geradezu gegenseitig bedingen. Was die rechts- und staatspolitische Identität anbelangt, muss verlangt werden, dass die öffentliche Ordnung respektiert wird. Zum Beispiel gibt es keine Diskussion über Menschenrechte oder überhaupt über die Einhaltung der Regeln, die auch das friedliche Zusammenleben von jenen Menschen überhaupt erst möglich machen, welche schon seit Jahrhunderten an einem bestimmten Ort leben. Wenn diese öffentliche Ordnung aber eingehalten wird, so ist dies die Grundlage für die Möglichkeit des Fremdbleibens im kulturellen Bereich im Sinne der Beibehaltung einer kulturellen Identität, die in einem gewissen Sinne das „Fremd-Sein“ beibehält. Und ich würde mich sogar dazu versteigen zu sagen, dieses kulturelle „Fremdbleiben Dürfen“ sei möglicherweise umgekehrt sogar die Voraussetzung für die Anpassung im recht- und staatspolitischen Bereich. Im gesamteuropäischen Rahmen ist dazu noch zu erwähnen, dass auch rechts- und staatspolitisch Identität durchaus nicht überall genau gleich verstanden wird. Der Kruzifix-Entscheid in Bayern - zur Frage, ob ein Kreuz an der Wand des Unterrichtszimmers einer öffentlichen Schule mit der Religionsfreiheit vereinbar sei - wäre so in Frankreich nie denkbar gewesen. Und die berühmte Kopftuchfrage kann in Frankreich und in Deutschland verschieden beurteilt werden und dies durchaus zu Recht: Eine französische staatspolitische Identität ist durch einen Einbruch religiöser Kategorien in die Öffentlichkeit viel schneller tangiert als das selbe Ereignis in Deutschland. Trotzdem sind beides tragfähige öffentliche Ordnungen und als das zu respektieren. Natürlich gibt es in dieser Identität dann auch gesamteuropäische Klammern, zum Beispiel im Bereich der Menschenrechte. Was sich in Europa gegenwärtig abzeichnet, ist in der Definition von Identität eine Art Quantensprung, und es leitet sich daraus ein Denkmuster ab, welches ganz prinzipiell mit dem Verhältnis zwischen Angleichen und Fremdbleiben zusammenhängt. Ich glaube, dass kulturelle

Mehrfachidentität und davon getrennte staatspolitische Identität auf mehreren Ebenen etwas ganz wichtiges ist.

Die Schweiz ist - wir wissen das längst - aufgrund eines analogen Prozesses im kleinen Rahmen entstanden wie Europa nun seit fünfzig Jahren entsteht. Rechts- und staatspolitisch Identität muss kulturenübergreifend die selbe sein, damit die verschiedenen Kulturen bestehen können. Wenn das in dieser Schärfe stimmt, dann liegt der Ansatzpunkt für die Kohäsion im Bereich der staatspolitischen Identität und weniger in jenem der Kultur im Sinne der kulturellen Beheimatung. Ist womöglich die Schweiz auch ein Beispiel für dieses Zusammenwirken von Anpassung und Fremdbleiben? Mir fällt auf, dass im romanischsprachigen Gebiet, welches ich ein wenig näher kenne, jene am selbstbewusstesten in der Lage sind, die eigene Kultur weiterzuleben, welche sich auch gesamtschweizerisch beheimatet fühlen, und dies eben eher in einem staatspolitischen Sinne als in einem kulturellen, der das Eigene bedrohen würde.

Die Kohäsion der Schweiz beruht auf der rechts- und staatspolitischen Identität. Wenn diese intakt ist, darf und soll die eigentliche kulturelle Beheimatung durchaus auf den eigenen Sprachraum begrenzt bleiben. Wenn das Kennenlernen der anderen Sprachräume und deren Kultur gefördert wird, so ist dies ein Kennenlernen des „Anderen“, gegenüber welchem auch das Fremdbleiben möglich ist. Dieses Kennenlernen und dessen Förderung ist also letztlich nicht ein Phänomen, das die kulturelle Identität betrifft und eine gesamtschweizerische kulturelle Beheimatung ermöglichen soll - im Gegenteil. Es ist ein Beitrag zur Erhaltung und Stärkung der staatspolitischen Identität, der für die Kohäsion der Schweiz absolut zentral ist, weshalb die Politik dafür zu sorgen hat, dass dafür genügend Mittel zur Verfügung stehen. Die Kohäsion und die Existenz der Schweiz steht und fällt mit der staatspolitischen Identität. Und es ist vielleicht gerade die Möglichkeit, kulturell im eigenen Sprachraum beheimatet bleiben zu dürfen, welche die kulturenübergreifende staatspolitische Identität der Schweiz überhaupt erst ermöglicht. Der Vergleich mit der nächsthöheren Ebene liegt nahe: Dass Franzosen und Italiener kulturell in ihrem eigenen kulturellen Raum beheimatet bleiben dürfen, ermöglicht die gesamteuropäische staatspolitische Identität, welche sich im Rahmen der europäischen Integration langsam herausbildet.

Nun möchte ich abschliessend noch auf zwei Phänomene zu sprechen kommen, welche sich heute beobachten lassen, einerseits in der Schweiz, in verschiedenen Formen, aber auch gesamteuropäisch. Das eine betrifft Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Das andere betrifft die europäische Entwicklung in ihrem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, und indirekte Auswirkungen auf die Schweiz.

Es ist überhaupt kein Zufall, dass fremdenfeindliche, rassistische und nationalistische Kräfte, soweit sie in Europa auftreten, sich immer auch europafeindlich zeigen. Für Antieuropäer ist die Trennung von staatspolitischer und kultureller Identität nicht annehmbar, weil sie von einer geografischen Übereinstimmung dieser beiden Identitäten ausgehen. Sie wollen sowohl die vertikale Ausdehnung der staatspolitischen Identität als auch die horizontale Ausdehnung der kulturellen Identität verhindern, möchten also gleichsam beide Identitäten im Kreuzungspunkt der horizontalen und der vertikalen Achse konzentriert halten, dies in der Absicht, die Übereinstimmung der beiden Identitäten beibehalten oder sogar neu herbeiführen können. Dieses Denkmuster bildet die Grundlage verschiedener Erscheinungen, die allesamt problematisch sind. Es bildet die Grundlage des sog. „Ethno-Nationalismus“, der Staatsgrenzen in Übereinstimmung bringen will mit den Grenzen des Wohnraumes kulturell definierter Gruppen. Die Zielsetzung sind monoethnisch besiedelte Gebiete, und ihre Protagonisten kommen gelegentlich auf die Idee kommt, „ethnische Säuberungen“ zu veranstalten - ein schreckliches Wort, ich kann es nur verwenden, wenn ich es in Anführungsstriche setze. Das Denkmuster, welches die vertikale und die horizontale Ausbreitung von Identität verhindern will und sich dadurch bedroht fühlt, ist aber auch der Boden

für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Und dies wiederum liegt daran, dass das Denkmuster auf einer romantischen Betrachtungsweise der Gruppenzugehörigkeit basiert, welche über die kulturelle Identität hinaus Geltung auch als öffentliche Ordnungsstruktur beansprucht und somit an die Stelle der staatspolitischen Identität treten will.

Das zweite Phänomen betrifft die Globalisierung im Sinne einer Amerikanisierung. Ich kann nun hier nicht historisch so weit ausgreifen, wie ich eigentlich möchte, vielleicht als Ausgangspunkt nur kurz einige Bemerkung zur völlig anders strukturierten nationalen Identität nach US-amerikanischem Muster.^{*)} In den Vereinigten Staaten gibt es keine staatspolitische Identität, weil eine möglichst staatsfreie Gesellschaft angestrebt worden ist. Die US-amerikanische Nation ist letztlich moralisch und religiös begründet. Dieser transatlantische Unterschied zeigt sich etwa darin, dass die US-Nation immer wieder das Bekenntnis zu ihr verlangt, während europäische Nationalstaaten solche Bekenntnisse nicht benötigen. Staatlichkeit existiert auch ohne Bekenntnis. Aus diesen beiden unterschiedlichen Ausgangslagen resultieren ganz verschiedene Möglichkeiten der Integration und der Schaffung von Kohäsion. Kulturelles Fremdbleiben ist jenseits des Atlantiks deshalb nicht möglich, weil es sich um eine reine Einwanderungsgesellschaft handelt, die vom Einwanderer die Entwicklung einer nationalen US-Identität verlangt. Die nationale Identität hat nichts, wovon sie sich ablösen könnte, denn staatspolitische Identität gibt es in der möglichst staatsfreien Gesellschaft keine. Ich persönlich bin überzeugt, dass der Weg, den ich vorhin für Europa beschrieben habe, also die langsame Wiederablösung der staatspolitischen von der nationalen Identität, für das US-amerikanische Selbstverständnis einigermassen bedrohlich ist. Und ich bin auch überzeugt, dass solche Grundströmungen für die gegenwärtige Entwicklung des transatlantischen Verhältnisses viel bedeutsamer sind, als man gemeinhin annimmt. Wenn das wirklich so ist, dann haben die Vereinigten Staaten als Nation ein Interesse daran, die erwähnte Entwicklung Europas jedenfalls nicht zu fördern, oder noch lieber zu bremsen. Dies geschieht auch ganz praktisch, und zwar durch eine ideelle Amerikanisierung des öffentlichen Geschehens: Staatsabbau (nicht nur ökonomisch, sondern auch ideengeschichtlich), Abwertung des Politischen, die Verherrlichung der sogenannten „Zivilgesellschaft“ geht zum Teil in diese Richtung, insoweit diese nämlich an die Stelle der Staatlichkeit treten soll, und es wären noch viele weitere Dinge zu nennen.

Das Stichwort „Amerikanisierung“, das ich eingangs als „vage“ bezeichnet habe, hat somit für Europa seine Bedeutung. Aber es hat auch für die Schweiz seine Bedeutung, und zwar genau in dem Kontext, den wir hier an dieser Tagung diskutieren. Dies zeigt sich vor allem im gegenwärtigen Kurs der SVP. Diese Partei - oder jedenfalls ihre Zürcherische Erscheinungsform - ist ein treffendes Beispiel für beide Phänomene, die ich eben beschrieben habe, und die - was die Schweiz anbelangt - einen inneren Zusammenhang aufweisen. Die SVP betreibt aktive Entstaatlichung (nicht nur ökonomisch, sondern auch ideell), sie entwürdigt bewusst das politische Geschehen - zum Beispiel in der Rede von der „classe politique“ -, sie verlangt demgegenüber das Bekenntnis zur Nation, und ihre tendenzielle Fremdenfeindlichkeit paart sich mit einer klar antieuropäischen Haltung. Rassismus steht bei den Parteispitzen nicht klar im Vordergrund, aber die Entwicklung der Anhängerschaft in dieser Richtung wird immerhin leicht in Kauf genommen. Alle diese Phänomene sind im Zusammenhang mit der Kohäsion unseres Landes sehr ernst zu nehmen. Sie können alle in einer einzigen Tendenz zusammengefasst werden: Die Ersetzung der staatspolitischen Identität durch eine nationale Identität. Staatspolitische Identität ist aber eine Grundvoraussetzung für die Existenz der Schweiz. Zwar trägt unser Land auch leicht US-amerikanische Züge, nämlich was das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft anbelangt. Auch viele Schweizer sehen die Macht lieber bei der Wirtschaft als bei der Politik. Aber was die staatspolitische Identität anbelangt, sind wir so europäisch, wie europäisch nur sein kann.

Zum Schluss möchte ich Ihnen nochmals ein Erlebnis erzählen aus meiner Zeit in Sarajevo. Ich hatte während der ganzen fast fünf Jahre eine Mitarbeiterin, welche für die Administration meines Betriebes zuständig war. Sie begleitete mich gelegentlich zu Anlässen ins Lager der schweizerischen Gelbmützen, wo sie die schweizerische Mehrsprachigkeit im Masstab eins zu eins erlebte. Immer wieder wies sie darauf hin, dieses Phänomen sei für sie die wichtigste Alternative, was man zur Befriedung Bosniens beitragen könnte: Natürlich nicht konkret die Mehrsprachigkeit, sondern die Mentalität, welche dieser zugrunde liegt. Sie sprach nicht von staatspolitischer Identität, aber es war genau das, was sie mit vielen anderen Elementen umschrieben hat. Diese Frau war bosnische Serbin, und sie gehörte zu jenen, welche während des ganzen Krieges in Sarajevo geblieben waren, aus Ueberzeugung und gegen den Druck ihrer Volksgruppe, welche sie veranlassen wollte, Sarajevo zu verlassen, und dies auch verbunden mit massiven Drohungen. Diese Frau wusste sehr genau, was sie erlebt hatte, und sie wusste sehr genau, wovon sie sprach. Mir hat noch nie jemand so bewusst gemacht, was die Schweiz auch noch ist, was diese Kohäsion, über die wir hier reden, letztlich bedeutet. Offenbar musste ich nach Sarajevo gehen, an diesen symbolischen Ort des jahrhundertelangen Zusammenwirkens unzähliger Kulturen, welches auch die Zerstörung der Neunzigerjahre nicht ganz hat vernichten können. Und erst da habe ich wirklich begriffen, dass Kohäsion ganz zentral mit Gewaltvermeidung zu tun hat. Der Irak-Krieg und seine Nachbearbeitung machen uns auch in diesen Tagen erneut bewusst, dass es sich lohnt, am Thema zu arbeiten. Ich danke Ihnen.

*) vgl. Gret Haller: „Die Grenzen der Solidarität. Europa und die USA im Umgang mit Staat, Nation und Religion“, Berlin 2002 (dritte Auflage 2003)